

Wahlplattform

Junge Alternative JA!

Stadtratswahlen 2016



jungealternative.ch

Platz da...

Inhalt

...für öffentlichen Raum für alle!	3
...für Velos statt Autos	6
...eine Gesellschaft ohne Geschlechterrollen	8
...für eine Stadt für alle!	10
...für alternative Lebensformen, Zwischennutzungen und günstigen Wohnraum	11
...für Jugendkultur, die Reitschule und eine andere Drogenpolitik	13
...für globale Perspektiven und lokales Handeln	15
...für eine Schule ohne Selektion und ein Wirtschaftssystem ohne Verlierer_innen	17

...für öffentlichen Raum für alle!

Die Zugänglichkeit des Öffentlichen Raums wird immer mehr eingeschränkt. Durch Öffnungszeiten, Reglemente und Privatisierung wird es besonders für Jugendliche und für Personen, die nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechen immer schwieriger Platz zum Verweilen zu finden, ohne konsumieren zu müssen oder fortgejagt zu werden. Die Junge Alternative JA! wehrt sich vehement gegen diese Entwicklung und fordert mehr Platz, der von allen kompromisslos genutzt werden kann.

➤ Öffentlicher Raum bleibt öffentlich

Die Anzahl öffentlicher Orte, wo man sich an einem schönen Tag gemütlich mit Freund_innen treffen kann, ist erschreckend geschrumpft. Geschlossene oder bewachte Schulhausplätze, private Grossanlässe im öffentlichen Raum, sowie Parkordnungen mit strikten Öffnungszeiten machen es beinahe unmöglich, zu späterer Stunde auf öffentlichen Plätzen zu verweilen. Deshalb fordert die JA!, dass Parkordnungen aufgehoben, Schulhausplätze geöffnet und private Anlässe im öffentlichen Raum verboten werden!

➤ Keine restriktive Überwachung

An allen öffentlichen Orten in der Stadt Bern kümmern sich Überwachungskameras, PINTO und Polizei um Sicherheit und Ordnung. Am Bahnhof oder auf der Bundesterrasse findet man kaum einen Ort, der nicht digital überwacht oder kontrolliert wird. Die JA! wehrt sich gegen diese Entwicklung. Polizeieinsätze sollen reduziert werden und wir lehnen das Installieren von Überwachungskameras im öffentlichen Raum strikte ab! Zudem wehren wir uns gegen die starke Präsenz von PINTO, denn diese Form der Sozialarbeit hat stark ordnungsdienstlichen Charakter. Die JA! bevorzugt eine aufsuchende und anwaltschaftliche Jugend- und Gassenarbeit, der Hilfebedürftige vertrauen können. Zudem wehrt sie sich gegen Reglementierungen des öffentlichen Raums wie das Bettelverbot im Bahnhof oder die Bewilligungspflicht für Strassenmusik in Trams und Bussen.

➤ Politische Rechte im öffentlichen Raum

Wenn sich das blosses Aufhalten im öffentlichen Raum schon als schwierig erweist, sind politische Kundgebungen noch eine viel grössere Herausforderung. Das Recht auf Versammlungsfreiheit steht in der Stadt Bern immer wieder unter Druck. Der Grosse Rat hat im Juni 2016 eine Motion überwiesen, die die Kosten von Polizeieinsätzen den Demonstrant_innen aufbürden will. Der Gemeinderat hat im Herbst 2015 den antifaschistischen Abendspaziergang verboten und die Polizei geht

immer wieder massiv unverhältnismässig gegen unbewilligte Demonstrationen und politische Aktionen vor, so zum Beispiel während den Protestaktionen gegen die Miss Schweiz-Wahlen. So stellen wir uns den Umgang mit politischen Rechten nicht vor!

Die Meinungsäusserungsfreiheit ist ein wichtiges Grundrecht und darf nie unnötig eingeschränkt werden. Polizeieinsätze müssen verhältnismässig sein und die Grundrechte von politischen Aktivist_innen müssen respektiert werden. Zudem fordert die JA!, dass die politische und nichtkommerzielle Nutzung des öffentlichen Raumes immer Vorrang gegenüber anderen Nutzungen hat und Privat- und Werbeanlässe im öffentlichen Raum verboten werden.

➤ **Unterschriftensammeln ohne Einschränkungen**

Obwohl Unterschriftensammeln im öffentlichen Raum weder verboten noch limitiert ist, werden politisch aktive Menschen immer wieder weggewiesen oder sogar bestraft. Für die JA! ist es selbstverständlich, dass das Sammeln von Unterschriften in jedem öffentlichen Raum problemlos möglich sein muss.

➤ **Keine Bewilligungspflicht für politische Aktionen**

Die Durchführung einer Demonstration, einem Protestcamp oder einer anderen politischen Aktion ist fast immer mit einem grossen Polizeiaufgebot oder gar einer Räumung verbunden. Es muss möglich sein, solche Aktionen ohne Repressionen seitens der Polizei durchführen zu können. Die JA! geht sogar einen Schritt weiter und fordert die Aufhebung der Bewilligungspflicht für Demonstrationen. Eine Stelle, welche die Nutzung von Routen und Plätzen koordiniert genügt.

➤ **Keine zusätzlichen Kosten für Demonstrant_innen**

Der Entscheid des Grossen Rates, dass Teilnehmende die Kosten des Polizeiaufgebotes bei Demonstrationen in Zukunft selber zahlen sollen, hat uns zutiefst schockiert. Die JA! sieht diesen Entscheid als Verletzung des Rechts auf die freie Meinungsäusserung und als Widerspruch zur Demokratie und wird sich auf allen Ebenen gegen diesen Entscheid zur Wehr setzen.

➤ **Die Rolle der Berner Kantonspolizei**

Durch die Einführung einer Einheitspolizei hat die Stadt Bern die demokratische Kontrolle über die Polizei verloren. Unverhältnismässige Einsätze gegen Demonstrationen und Repression gegen politische Aktivist_innen sind seither wieder an der Tagesordnung. Bei Kritik an Polizeieinsätzen ist oft eine Verantwortungsdiffusion zwischen den verschiedenen politischen Ebenen feststellbar. Wir fordern die Wiedereinführung einer Stadtpolizei, um die demokratische Kontrolle über die

Polizei zu stärken. Bis dahin wird sich die JA! für eine kantonale Ombudsstelle einsetzen, die auch Befugnisse gegenüber der Polizei hat. Die Stadt Bern muss zudem das Recht haben, unverhältnismässige Einsätze der Kantonspolizei extern untersuchen zu lassen.

Die Polizei geht immer wieder massiv unverhältnismässig gegen Demonstrant_innen und politische Aktivist_innen vor. Wir fordern eine viel höhere Toleranz gegenüber politischen Aktionen im öffentlichen Raum.

Bern soll eine lebendige Stadt sein, die allen Menschen Platz bietet. Der öffentliche Raum unserer Stadt soll erweitert werden und für alle zu jeder Zeit zugänglich sein.

...für Velos statt Autos

Velos sind die Zukunft. Velofahren ist schnell, platzsparend und belastet die Umwelt nicht. Die Stadt Bern will sich durch die Velooffensive und die Velobrücke zwischen der Länggasse und der Lorraine zu einer Velohauptstadt entwickeln. Die JA! sieht dieser Entwicklung gespannt entgegen. Wir fordern jedoch mehr als bloss einige grosse Prestigeprojekte: Viel mehr braucht es endlich genügend Abstellplätze für Velos, sichere Velowege und ein klares Bekenntnis zum Velo als wichtigstes Verkehrsmittel der Stadt. Zudem fordert die JA!, dass der öffentliche Verkehr für alle gratis ist und das Auto aus der Stadt verdrängt wird.

➤ **Platz da für sichere Velowege!**

Die JA! fordert, dass die Velowege in der Stadt Bern ausgebaut bzw. saniert und die Velostreifen verbreitert werden. Viele Velowege sind in einem schlechten Zustand, wodurch Velofahrer_innen Schlaglöchern ausweichen müssen und auf die Autospur geraten. Dadurch kann es zu gefährlichen Situationen mit anderen Verkehrsteilnehmenden kommen. Auch fehlt es an durchgehenden Velowegen und an innovativen Lösungen an gefährlichen Kreuzungen. Zu oft werden den Velofahrenden aus Rücksicht auf andere Verkehrsteilnehmende gefährliche Situationen zugemutet. Für die JA! muss das Velo in der Verkehrsplanung an erster Stelle kommen.

➤ **Platz da für gratis Abstellplätze!**

Die Stadt Bern schafft momentan viele neue Plätze in Velostationen. Das finden wir begrüssenswert, doch löst es das Problem nicht. Die JA! fordert, dass die Stadt nicht nur gebührenpflichtige Veloabstellplätze, sondern in erster Linie kostenlose Veloabstellmöglichkeiten schafft. Jeder Veloparkplatz muss zudem mit einem Pfosten versehen sein, damit das Velo sicher abgeschlossen werden kann.

➤ **Platz da für velofreundliche Tramschienen!**

Ein weiteres bekanntes Problem sind die Tramschienen. Durch diese kommt es besonders bei Nässe immer wieder zu gefährlichen Unfällen. Die JA! fordert von der Stadt Bern und Bernmobil, dass die Tests mit „Velotrails“-Vorrichtungen vorangetrieben werden. Bei diesem System werden die Schienen mit Gummi gefüllt, welcher sich unter dem Gewicht des Trams absenkt. Die Schienen stellen damit keine Gefahr mehr für Velofahrer_innen dar.

➤ **Keine Autos in der Stadt!**

Das Auto darf in der Stadt nicht so viel Platz einnehmen. Anwohner_innen und Lieferant_innen sollen nach wie vor durch die Stadt fahren dürfen, nicht aber der Durchgangsverkehr. Deshalb fordert die JA! ein RoadPricing, eine Gebühr für die Einfahrt in die Stadt, die höher ist als die Parkgebühren. Das Auto kann nämlich problemlos in den Parkhäusern am Rande der Stadt parkiert werden.

➤ **Carsharing fördern und autofrei bauen!**

Auch Carsharing soll belohnt werden, beispielsweise durch eine Verminderung des RoadPricing bei einer höheren Auslastung der Sitzplätze.

In der Stadt ist es grundsätzlich nicht nötig, ein Auto zu besitzen. Die Stadt Bern soll deshalb nur noch autofreie Siedlungen bauen, also auf den Bau von Parkplätzen verzichten.

Die Anzahl an öffentlichen Parkplätzen muss weiter reduziert werden und Fussgänger_innenzonen sollen ausgedehnt werden.

...eine Gesellschaft ohne Geschlechterrollen

Wir sind geprägt von Geschlechterrollen in unserem Leben, die wir bewusst oder unbewusst übernehmen. Viele Menschen wollen oder können solche Rollenbilder nicht erfüllen. Im Widerspruch zum Idealbild, zu dem was als normal gilt, zu stehen, führt in unserer Gesellschaft zu Diskriminierung und Ausgrenzung.

➤ **Sensibilisierungsarbeit seitens der Stadt**

Die Vorstellung von der Frau als sanftes, fürsorgliches und verletzliches und vom Mann als sozial gestörtes, analytisch-rationales und kräftiges Wesen ist tief in der Gesellschaft verankert. Selbstverständlich führen beide Geschlechter ein heterosexuelles Sexualleben.

Dieses Gedankengut muss verschwinden, denn es gibt nicht nur zwei Geschlechter und eine Sexualität. Sich darauf zu beschränken hat nichts mit der Realität zu tun, schränkt unser Leben unnötig ein und grenzt die Personen aus, die nicht diesem Bild entsprechen. Ob homo-, hetero- oder bisexuell, transgender oder intergeschlechtlich: es gibt keine „normale“ sexuelle Orientierung oder eine „normale“ Geschlechtsidentität. Normal ist nur die Vielfalt.

Deshalb fordert die JA! gezielte Sensibilisierungsarbeit im Bereich Sexismus von der Stadt Bern.

➤ **Verbot von sexistischer Werbung**

Sexistische Werbung ist jegliche Werbung die Geschlechtervorurteile zementiert oder Rollenbilder verhärtet. Mit dieser Werbung werden die einseitigen Geschlechterbilder verstärkt und verankern sich noch tiefer in unseren Köpfen. An allen Ecken werden vorherrschende Geschlechterrollen von den Plakatwänden und Werbebildschirmen heruntergepredigt. Sich diesem Einfluss zu entziehen, ist kaum möglich. Die JA! fordert Gesetze, die sexistische Werbung wirksam bekämpfen. Diese dürfen sich nicht auf das staatliche Handeln beschränken, sondern müssen auch bei Privaten angewendet werden.

➤ **Lohngleichheit**

Seit 20 Jahren ist das Gleichstellungsgesetz in unserer Bundesverfassung und trotzdem ist die Diskriminierung der Frau in der Wirtschaft und Politik offensichtlich. Dieselbe Leistung einer Frau wird regelmässig weniger gut entlohnt. Die Karrierechancen einer Frau sind viel tiefer, als die eines Mannes. Das zeigt die tiefe Anzahl an Frauen, die Kaderpositionen einnehmen. Es gibt keine vernünftigen Gründe dafür, Frauen im Berufsleben zu diskriminieren! Die JA! fordert eine strikte Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern ein.

➤ **Geschlechterquoten**

In den meisten Parlamenten und Regierungen der Schweiz sind Frauen untervertreten. Dass dort, wo die Bevölkerung repräsentiert werden soll, ein Frauenanteil unter fünfzig Prozent vorliegt, ist problematisch. Politik betrifft Frauen im gleichen Masse wie Männer und sie betreiben die Politik weder besser noch schlechter als die Männer. Auch in der Wirtschaft sind gerade bei Kaderstellen

Frauen stark untervertreten. Die JA! setzt sich für gesetzliche Quotenregelungen ein, um diese Ungerechtigkeit abzuschaffen.

➤ **Teilzeitstellen, Elternzeit und Kita-Plätze**

Die JA! setzt sich für mehr Teilzeitstellen und Elternzeit ein. Die Möglichkeit an Teilzeitarbeit ist für Frauen und Männer nämlich nicht dieselbe. Dadurch werden die Männer viel schneller in Vollzeitstellen gedrängt. Dies verunmöglicht Vätern oft eine Beteiligung an der Kindererziehung und am Haushalt. Nur mit flexiblen Arbeitsmodellen kann eine echte Wahlfreiheit für alle entstehen.

Auch das Festhalten am konventionellen Mutterschaftsurlaub, zementiert die alten Geschlechterrollen. Väter und Mütter sollten von Anfang an zu gleichen Teilen an der Erziehung und am Unterhalt des Kindes beteiligt sein. Deshalb fordert die JA! einen gleichlangen Vaterschafts- wie Mutterschaftsurlaub, damit die Eltern die ersten Wochen ihres Kindes gemeinsam erleben können. Zudem setzt sich die JA! für genügend erschwingliche Kita-Plätze für alle ein.

...für eine Stadt für alle!

Wir wollen eine Welt ohne Grenzen in der jede_r selbst entscheiden kann, wo er/sie leben möchte und wo jedem Mensch die gleichen Rechte zustehen, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Herkunft. Wir wollen eine Stadt, in der alle Bewohner_innen am städtischen Leben teilhaben können, eine Stadt ohne Rassismus und Diskriminierung.

➤ **Kein Mensch ist illegal**

Der menschenfeindlichen Migrationspolitik, die die Schweiz momentan betreibt, muss Einhalt geboten werden! Die Städte können dabei eine wichtige Rolle spielen: Wir müssen Widerstand leisten und Alternativen zur Abschottungspolitik leben. Die Stadt Bern soll nach dem Vorbild von Städten wie Barcelona, Menschen auf der Flucht Schutz bieten, indem sie sie direkt aufnimmt.

➤ **Gleiche Rechte für alle**

Knapp ein Viertel der Menschen, die in Bern wohnen, kann nicht Abstimmen und Wählen. Ist ein System, in dem ein Viertel der Bevölkerung von allen politischen Rechten ausgeschlossen wird, überhaupt noch demokratisch? Wohl kaum. Erfolge wie die Annahme des Partizipationsreglements sind schöne Symbole, reichen aber nicht aus. Es braucht auf allen Ebenen und in allen Bereichen echte Mitwirkung!

➤ **Selbstbestimmung statt Zentrumspolitik**

In vielen Kollektivunterkünften für Asylsuchende herrschen katastrophale Zustände. Die JA! setzt sich dafür ein, dass geflüchtete Menschen wann immer möglich in eigenen Wohnungen wohnen können. Solange kollektive Unterkünfte bestehen, setzt sich die JA! für menschenwürdige Unterkünfte ein: Es darf nicht sein, dass Menschen in Bunkern wie in Riedbach untergebracht werden. Zudem sind Privatsphäre und Bewegungsfreiheit Grundrechte, die nicht eingeschränkt werden dürfen. Unterirdische Unterkünfte und Umzäunungen sind menschenverachtend und untragbar. Die Zentren dürfen zudem nicht von gewinnorientierten Firmen betrieben werden und es müssen genügend Bildungsangebote für die Menschen zur Verfügung stehen.

➤ **Vernetzung und Teilhabe**

Egal ob jemand wenig Geld hat oder keine Papiere: Allen Menschen soll der Zugang zum sozialen und zum kulturellen Leben, zum Bildungs- und Gesundheitssystem der Stadt Bern, gesichert sein. Die JA! setzt sich ein für eine starke Gemeinwesenarbeit, für niederschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen, die in schwierigen Verhältnissen leben und für eine Kulturpolitik, die Vielfalt fördert.

...für alternative Lebensformen, Zwischennutzungen und günstigen Wohnraum

Vielfältige Wohnformen wie grosse WGs, Besetzungen oder Wagenplätze gehören für die JA! genauso zur Stadt Bern wie Zwischennutzungen und Urban Gardening. Deshalb setzen wir uns für eine unbürokratische Mitgestaltung des öffentlichen Raums und eine ökologische Stadtentwicklung nach innen ein.

➤ **Stadt mitgestalten – Zwischennutzungen erleichtern**

Veränderungen in der Stadt betreffen in erster Linie die Menschen, die in ihr wohnen. Deshalb sollen diese Menschen ihre Stadt aktiv mitgestalten können. Die Stadt muss es aktiv unterstützen, wenn Bewohner_innen die Gestaltung ihrer Stadt selbst in die Hand nehmen. Dazu fordern wir möglichst niedrige bürokratische Hürden für Zwischennutzungen sowie erleichterte Bedingungen für nicht-kommerzielle Zwischennutzungen. Besetzungen in leerstehenden Häusern sind grundsätzlich zu legalisieren. Besetzungen in ungenutzten Häusern sollen ausserdem erst dann geräumt werden dürfen, wenn eine gültige Baubewilligung vorliegt. Ausserdem sollen Projekte zu Urban Gardening, dem direkten Mitgestalten von Plätzen und Parks sowie Schul- und Gemeinschaftsgärten innerhalb der Stadt gefördert werden. Mit der Schaffung von Quartierzentren, Pärken und der offenen Gestaltung von Plätzen sollen Begegnungsräume geschaffen werden.

Bei der Planung von Neubauten und Umgestaltungen braucht es partizipative Prozesse. Die Bedürfnisse der Stadtbewohner_innen kommen an erster Stelle und dürfen nicht zugunsten finanzieller oder wirtschaftlicher Interessen unterschlagen werden. Wir fordern mehr günstigen Wohnraum statt Luxuswohnungen, wie sie etwa im Lorrainequartier beim Zentralpark geplant sind. Gerade da ist es an der Stadt, die Forderungen des Quartiers ernst zu nehmen und alle Bewohner_innen bei der Gestaltung eines neuen Wohnprojektes einzubeziehen.

➤ **Vielfalt der Wohnformen**

Wir setzen uns für eine Vielfalt unterschiedlichster Wohnformen ein: Gemeinschaftswohnungen, Wagenplätze, Besetzungen, Familienwohnungen, grosse WG-Häuser und Genossenschaftsprojekte sollen alle ihren Platz in Bern haben. Grundsätzlich muss die Stadt aktiv dafür sorgen, einen möglichst grossen Teil des Bodens selber zu kontrollieren. Darum dürfen auf keinen Fall städtische Immobilien oder Boden an Private verkauft werden. Wenn die Stadt baut, muss sie darauf achten, dass genügend Gemeinschaftsräume vorhanden sind. Sie soll so bauen, dass auch grössere WGs oder andere Formen kollektiven Wohnens ihren Platz finden. Ökologische Grundsätze müssen selbstverständlich sein. Ausserdem müssen freie Räume für experimentelles Wohnen geschaffen werden.

➤ **Wohnungsnot reduzieren**

In Bern herrscht seit Jahren Not an Wohnungen – in erster Linie an preisgünstigen. Die Mieten, vor allem nach Renovationen, steigen, und es ist schwierig, ohne Beziehungen überhaupt eine Bleibe zu finden. Deshalb braucht es in der Stadt Bern unbedingt verdichtetes Bauen innerhalb der Stadt. Die Stadt soll die nötigen Schritte einleiten, um die Umnutzung von leerstehendem Gewerberaum zu Wohnraum zu ermöglichen. Es muss ein Umdenken stattfinden, damit nicht immer mehr Wohnraum pro Person nötig wird, sondern weniger. Auch dafür setzen wir uns für die Schaffung von gemeinsam genutzten Räumen in Siedlungen ein, seien es Werkstätten, Gärten, Gästezimmer oder Gemeinschaftsküchen.

Genossenschaftliches Wohnen muss von der Stadt gefördert werden: Wenn die Stadt Land im Baurecht abgibt, soll nur noch gemeinnützig gebaut werden. Selber soll die Stadt ökologische und soziale Wohnbauprojekte realisieren. Städtische Wohnungen sollen alle mit einkommensabhängigen Vermietungskriterien abgegeben werden.

...für Jugendkultur, die Reitschule und eine andere Drogenpolitik

➤ Mehr Raum für Jugendliche

Wir wollen eine Stadt, die für alle Altersgruppen kulturelle Angebote hat und Räume für alle bietet. Wir setzen uns besonders für mehr unkommerziell nutzbaren Raum für Jugendliche ein. Räume, in denen Jugendliche sich ohne Konsumzwang aufhalten können und nicht wegen „Lärm“ oder „Störungen“ weggeschickt werden, sind in der Stadt Bern rar. Gerade für Jugendliche unter 16 oder auch 18 Jahren ist es in Bern schwierig, überhaupt einen Ort zu finden, wo sie sich aufhalten können. Es kann nicht sein, dass der Vorplatz der Reitschule das einzige solche Angebot ist und damit die Reitschule ohne Entlastung durch die Stadt allein gelassen wird. Wir fordern deshalb, dass aus dem geplanten Jugendraum an der Nägeligasse ein von Jugendlichen selbstverwalteter Raum entsteht, der von jungen Menschen gemeinsam nach ihren Bedürfnissen gestaltet und genutzt werden kann. Ein wichtiger Punkt ist auch die definitive Umnutzung der Schützenmatte. Die JA! macht sich stark dafür, dass hier ein Raum für Experimente entsteht, quasi ein Stadt-Labor für immer.

Zudem setzen wir uns für Projekte für Jugendliche ein, zum Beispiel für mehr legale Graffitiwände, auch innerhalb der Stadt. Um den Bedürfnissen von Jugendlichen gerecht zu werden, braucht es ausserdem unbedingt endlich aufsuchende Jugendarbeit in der Innenstadt. Denn es ist ein Fakt, dass sich Jugendliche gerade am Wochenende nicht in ihren Quartieren aufhalten, sondern in der Stadt selbst. Sie brauchen Ansprechpersonen, denen sie vertrauen können und die sie ernst nehmen.

➤ Politische Partizipation

Jugendliche sollen in politische Prozesse einbezogen werden und früh eine umfassende politische Bildung geniessen. Die Wahlbeteiligung ist seit Jahren tief – und sie wird nicht höher werden, wenn jungen Menschen nicht vermittelt wird, dass sie Einfluss nehmen können. Deshalb sollen Jugendgruppen, Jugendparlamente und Initiativen zur Teilhabe von Jugendlichen von der Stadt gefördert werden. Die JA! fordert ausserdem ein Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren – aus eigener Erfahrung wissen wir, dass auch unter 18-Jährige absolut fähig sind, Politik zu machen.

➤ Reitschule für immer

Die JA! steht bedingungslos hinter der Reitschule und wehrt sich entschlossen gegen jeglichen Schliessungsversuch, gegen aggressive Razzien und Provokationen durch die Polizei auf dem Vorplatz und gegen Reglementierungsversuche durch Statthalter oder Stadt. Die Reitschule ist und bleibt das wichtigste Kultur- und Politzentrum in Bern, sie ist und bleibt selbstverwaltet, autonom und ein Raum für alle. Wir wünschen uns mehr solche Räume, die den Anspruch haben, eine Umgebung frei von Sexismus, Rassismus und jeglicher sonstiger Diskriminierung zu bieten.

➤ **Eine andere Drogenpolitik**

Die Polizei geht mit Razzien immer wieder massiv gegen mutmassliche Dealer_innen – insbesondere im Bereich der Schützenmatte – vor. Das brutale Vorgehen der Polizei schafft enorm viel Leid und nützt niemandem: Wenn überhaupt wird sich der Drogenhandel höchstens an andere Orte verlagern. Repression ist keine Lösung in der Drogenpolitik- dieser Grundsatz wird in Bern leider nicht konsequent angewendet. Die JA! setzt sich für neue Wege in der Drogenpolitik ein und fordert die Legalisierung von Drogen. Zudem braucht es genügend Hilfs- und Unterstützungsangebote für Drogenabhängige. Die JA! befürwortet die Suche nach einem zweiten Standort für die Drogenanlaufstelle.

➤ **Vielfältige Kultur für alle**

Wir wollen eine Stadt mit einer lebendigen und vielfältigen Kultur, die für alle zugänglich ist. Wir verstehen die Kultur als wichtigen Teil der Gesellschaft und wehren uns dagegen, dass immer zuallererst bei der Kultur gespart wird. Wir setzen uns für fair verteilte Subventionen ein: Auch kritische, alternative und nicht mainstreamtaugliche Kultur soll unterstützt werden und nicht nur diejenige, die viel Geld abwirft. Konkret heisst das: Mehr Geld für Kulturräume mit weniger finanzstarkem Publikum und die freie Szene. Weiter finden wir es zumindest fragwürdig, wieso das Stadttheater, das mit den Vidmarhallen eigentlich über viel Platz verfügt, während eines halben Jahres den Kubus auf dem Waisenhausplatz betreiben darf. Natürlich ist uns das Stadttheater, das Kultur bietet, lieber als eine andere kommerzielle Einrichtung, die den Platz besetzt. Trotzdem finden wir, dass der Waisenhausplatz eigentlich ein Teil des öffentlichen Raumes ist, der für alle frei zugänglich sein sollte. Lieber würde sich die Stadt endlich um die Gestaltung dieses Platzes kümmern.

...für globale Perspektiven und lokales Handeln

Überall werden wir dazu angehalten, Dinge zu kaufen, zu konsumieren. Werbung für jegliche Konsumgüter begleitet uns auf der Strasse, im Internet, in öffentlichen Verkehrsmitteln und oft geht ob all der Auswahl an Ware der Überblick verloren, welche Produkte mit gutem Gewissen gekauft werden können und wie und wo diese hergestellt werden und was wir überhaupt tatsächlich brauchen.

Die JA! stellt einige Forderungen, mit denen der bewusste Konsum zur Selbstverständlichkeit werden soll:

➤ **Fair hergestellte Produkte überall**

Viele der Waren, die wir tagtäglich brauchen und kaufen werden unter unmenschlichen und umweltschädlichen Bedingungen produziert. Die Liste reicht von technischen Geräten aus China über Gemüse aus Spanien bis hin zu Kleidung aus Bangladesch. Die JA! fordert, dass alle Geschäfte in der Stadt Bern nur noch Produkte verkaufen dürfen, die unter fairen und umweltfreundlichen Bedingungen hergestellt werden. Die Stadtverwaltung soll vorangehen und nur noch Fair-Trade-Produkte kaufen.

➤ **Quartierläden statt Grossverteiler**

Grossverteiler, Discounter und bekannte Ladenketten verdrängen immer mehr kleine, unabhängige und selbstverwaltete Läden und Familienbetriebe mit lokaler Verankerung. Wegen den riesigen Einkaufszentren ausserhalb der Stadt haben kleine Läden und Kinos in der Innenstadt und in den Quartieren immer weniger Kundschaft und müssen unter Umständen schliessen. Immer mehr einst belebte Orte, werden zu Massenkonsumtempeln umfunktioniert, wie beispielsweise die ehemalige Markthalle. Die JA! fordert, dass Quartierläden und Kleingewerbe von der Stadt gefördert werden, zum Beispiel in dem genügend geeignete Räumlichkeiten gebaut werden.

➤ **Tauschprojekte, Flohmärkte und Flickwerkstätte**

Alte und kaputte Gegenstände müssen nicht immer direkt entsorgt werden. Alte Gegenstände, für die man selber keine Verwendung mehr hat, können beispielsweise auf dem Flohmarkt oder im Brockenhaus verkauft werden und jemand anderem viel Freude bereiten. Kaputttes kann oftmals repariert oder zumindest Teile davon wiederverwendet werden. Die JA! setzt sich dafür ein, dass die Stadt Projekte, die genau hier ansetzen, also zum Beispiel Tauschprojekte und Werkstätten, die kaputte Gegenstände flicken, fördert und unterstützt.

➤ **Keine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten**

Längere oder gar 24h-Ladenöffnungszeiten sind für viele kleine Läden de facto ein Todesurteil und für die Menschen, die zu diesen Zeiten arbeiten müssen, eine Zumutung. Weil kleinere Läden damit nicht mithalten können, sind sie oftmals gezwungen, zu schliessen. Die JA! spricht sich deshalb klar gegen eine Liberalisierung von Ladenöffnungszeiten aus.

➤ **Wiederverwertung von „Abfällen“**

Jeden Tag werden in Supermärkten Unmengen von noch essbaren Nahrungsmitteln weggeworfen. Die Abfälle werden weggeschlossen und später vernichtet. Die JA! befürwortet die Legalisierung des „containers“ in der Stadt Bern – also das Mitnehmen von weggeworfenen und zur Vernichtung bestimmten Nahrungsmitteln. Zudem sollten grosse Supermärkte dazu verpflichtet werden die gesamten, noch essbaren Nahrungsmittelabfälle an Mitarbeitende oder armutsbetroffene Menschen abzugeben.

➤ **Sensibilisierungsarbeit zum Konsumverhalten**

Die JA! ist überzeugt davon, dass das (Einkaufs-)Verhalten jeder und jedes Einzelnen den Markt beeinflusst. Was und wie viel wir wo kaufen hat einen offensichtlichen Einfluss auf das Angebot. Mit Sensibilisierungsarbeit soll die Stadt jede und jeden Einzelnen dazu anhalten, sich über sein/ihr Konsumverhalten Gedanken zu machen und damit einen Teil zum bewussten Konsumieren in der Stadt Bern beizutragen.

...für eine Schule ohne Selektion und ein Wirtschaftssystem ohne Verlierer_innen

Bildung bringt einer Gesellschaft die Innovation und Kreativität, die sie braucht, um sich sozial, politisch und wirtschaftlich weiterzuentwickeln. Auch für den einzelnen Menschen ist Bildung eine wichtige Voraussetzung für sein weiteres Leben. Deshalb setzt sich die JA! für eine gerechte, kosten- und hürdenlose Bildung ein, die allen Menschen die gleichen Chancen der Entfaltung ermöglicht. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen einer Gesellschaft – an ihr darf nicht gespart werden! Zudem muss das Schulsystem auf eine umfassende Bildung ausgerichtet werden und darf sich nicht an den sogenannten „Bedürfnissen der Wirtschaft“ orientieren.

➤ **Keine Sonderklassen**

Die Schule ist ein wichtiger Ort um das soziale Miteinander in der Gesellschaft zu erlernen. Deshalb setzt sich die JA! für ein integratives Schulwesen ein. Integrierte Kinder können in einer normalen Schulklasse oftmals grössere schulische Fortschritte erzielen als in einer Sonderklasse, da sie von den gleichaltrigen Schulkameraden lernen können. Umgekehrt profitieren auch die Mitschüler_innen von der Integration, indem sie viel an Sozialkompetenz dazulernen können, ohne dass sie in ihrer schulischen Leistung beeinträchtigt werden.

➤ **Integration statt Selektion**

Jegliche Form der Selektion lehnt die JA! ab! In der Schweiz wird sehr früh und stark selektioniert. Eine meist über das zukünftige Leben entscheidende Selektionsschwelle findet fast in der ganzen Schweiz an einem denkbar schlechten Zeitpunkt, zwischen der sechsten und siebten Klasse statt. Jugendliche, die bereits durch die Pubertät stark beansprucht werden, müssen es in dieser Zeit möglichst auch noch in die Sekundarschule schaffen. In stark getrennten Schulmodellen ist es für Jugendliche, die es ‚nur‘ in die Realschule geschafft haben, besonders schwierig jemals wieder ‚aufzusteigen‘. Durch diese schlechten Aufstiegschancen und durch die düsteren Berufsperspektiven der Realschüler_innen sinkt somit die Motivation ganzer Schulklassen in der Realschule auf einen Tiefpunkt. Die JA! befürwortet deshalb integrative und soziale Schulmodelle wie das in der Stadt Bern in zwei Schulhäusern praktizierte Twann-Modell, wo die Schüler_innen neun Jahre lang in der gleichen Klasse entsprechend ihrer individuellen Stärken unterrichtet werden. Den Lehrpersonen müssen dafür die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

➤ **Existenzsichernde Löhne und sozialer Ausgleich**

Im momentan herrschenden Wirtschaftssystem verdienen einige Wenige auf Kosten aller anderen sehr viel Geld. Die JA! setzt sich für eine andere, eine solidarische Wirtschaft ein: Alle Menschen sollen so viel haben, wie sie zum Leben brauchen – weltweit. Dazu müssen die Ressourcen neu verteilt und Privilegien abgeschafft werden.

Die JA! macht sich stark gegen alle Sparübungen im sozialen Bereich und unterstützt beispielsweise die Initiative für faire Krankenkassenprämienverbilligungen. Wir brauchen deutlich mehr sozialen Ausgleich – nicht weniger! Aus diesem Grund lehnt die JA! auch generelle Steuersenkungen ab: Gewinne von Unternehmen, hohe Einkommen und Vermögen müssen stärker besteuert werden, während die niedrigen Löhne entlastet werden müssen.